

Die Neuordnung der Beamtenbezüge

12. Berlin, 16. Juni. Nachdem die Beamtenverbände sämtlichen Fraktionen des Reichstages ihre Forderung nach einer möglichst umgehenden Berücksichtigung der Beamtenbefolgung haben zugehen lassen, hat die Reichsregierung, den Blättern zufolge, den Vertretern der Beamten mitgeteilt, daß sie bereit sei, nach im Laufe dieser Woche eine Besprechung mit den Spitzenverbänden anzubereiten, um die Wünsche der Beamtenentsprechend entgegenzunehmen. Gestern abend hielten alle Beamtenverbände interne Beratungen ab, um die Wünsche zu formulieren.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ soll die Neuordnung der Beamtengehälter am 1. Oktober erfolgen. Das Maß der Aufbesserungen liegt nach nicht fest, man rechnet jedoch mit einer Erhöhung der Bezüge um 10 bis 15 Prozent. Die Vorlage wird, wie das Blatt weiter berichtet, dem Reichstage erst nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst, wahrscheinlich Anfang November zugehen. Die erhöhten Gehälter sollen dann rückwirkende Kraft vom 1. Oktober ab erhalten.

Das Polizeibeamtengesetz.

12. Berlin, 15. Juni. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages lehnte am Mittwoch die Vorberatung des neuen Polizeibeamtengesetzes ab. U. a. fand Annahme ein Antrag, daß Beamte des Polizeivollzugsdienstes, die nach der Vollendung des 60. Lebensjahres verabschiedet werden, ein halbes Jahresgehalt als Ausgleich erhalten sollen. — Eine längere Erörterung entspann sich bei den Bestimmungen über das Verabschiedungsverfahren der Polizeibeamtens. Von der Rechte werden auf neue Beamten geltend gemacht wegen der Gefahr der Politisierung der Schulpolizei; Annahme fand ein gegen den Beschluß des Ausschusses eine Verabschiedung ausgesprochen, daß gehalten sein soll, die Gründe schriftlich niederzulegen, sobald der Landtag eine Nachprüfung vornehmen kann.

12. Berlin, 16. Juni. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages beendete am Donnerstag die erste Lesung des neuen Polizeibeamtengesetzes. Eine eingehende Besprechung schloß sich an den verabschiedeten Antrag, der für Dienststrafen, die der Minister in der ersten Instanz verhängt, eine Verurteilungsmöglichkeit an das Staatsministerium geben will. Ministerialdirektor Schulerger vertrat die Ansicht, daß die Befugnis des neuen Disziplinargesetzes, das in der bevorstehenden Sitzung des Landtages in die zweite Lesung tritt, eine entsprechende Regelung erfolgen könne. Schließlich wurde der Änderungsantrag abgelehnt und die Fassung des Entwurfs unter dem Vorbehalt angenommen, daß in der zweiten Ausdehnung eine genaue Prüfung noch erfolgen soll. Annahme fand ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach das alte Schulpolizeibeamtengesetz noch für die Schulpolizeibeamten vom 31. März 1932 ab außer Kraft treten soll, die einen entsprechenden Bescheid auf ihre Rechte aus dem alten Gesetz unterbreiten haben. Diese Beamten kommen damit in den Genuß der Rechte des neuen Gesetzes.

Die zweite Lesung im Ausschuss soll am Freitag und Sonnabend erfolgen. Man rechnet damit, daß das neue Polizeibeamtengesetz noch vor der Vertagung vor der großen Sommerpause vom Plenum verabschiedet wird.

Deutsches Reich.

Der Verfassungstag als Nationalfeiertag.

12. Berlin, 15. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, wonach der 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt werden soll. Die öffentlichen Gebäude sind in den Reichstädten zu bekränzen, in den Schulen sind entsprechende Feiern zu veranstalten. Der Gesetzentwurf wird auch von der demokratischen Reichstagsfraktion unterstützt. Die Zentrumsfraktion hat sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten.

Die neue jüdische Koalitionsregierung.

12. Dresden, 16. Juni. Die Aufwertungspartei hat sich bereit erklärt, in die Regierung selbst einzutreten. Ihr Abgeordneter Dr. von Gumbert soll Fußstapfen werden.

Keine Auflösung des sächsischen Landtages.

12. Dresden, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages gelangten als erste Punkte der Tagesordnung der sozialdemokratische Antrag: „Der Ministerpräsident selbst besitzt nicht das Vertrauen des Landtages“ und der kommunistische Antrag: „Der Landtag ist aufzulösen“ zur Verhandlung. Nach etwa zweistündiger Aussprache wurden in der Abstimmung beide Anträge mit 49 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten die S.P.D., die R.D. und die beiden Nationalsozialisten.

Keine türkische Anleihe.

12. Berlin, 16. Juni. Die Meldung der Morgenblätter, die türkische Regierung hätte dem Abschluß eines Anleihevertrages mit Deutschland zugestimmt, ist unrichtig. Wie die Blätter erfahren, hat die türkische Regierung am 15. d. M. einen Beschluß gefaßt mit der Bahnbaufirma Julius Berger und eine Vereinbarung mit dem deutschen Orientbahnforum getroffen, über die Gewährung von 65 Millionen Mark. Das Reich hat eine Garantie von 30 Millionen Mark übernommen.

Das Ergebnis der irischen Parlamentswahlen.

12. London, 15. Juni. Mit Ausnahme der drei Mitglieder, die morgen von der Universität in Dublin gewählt werden, ist das irische Wahlergebnis nunmehr das folgende: Die verschiedenen Parteien haben folgende Sitze: Wolfspartei: 47 Sitze einschl. des Sprecher, der automatisch für einen der drei nationalen Universitätsitze gewählt wird; De Valera-Gruppe: 44 Sitze; Arbeiterpartei: 22 Sitze; Unabhängige: 16 Sitze; Farmer: 11 Sitze; Nationale Liga: 8 Sitze; Sinnfeiner: 5 Sitze; Unabhängige Republikaner: 1 Sitz.

Die Notwendigkeit der Bildung einer Koalitionsregierung wird durch die Vollständigkeit des Wahlergebnisses nicht berührt, obwohl die weitere Entwicklung wesentlich davon abhängt, ob De Valera mit seinen Anhängern an den parlamentarischen Arbeiten teilnehmen wird oder nicht. Die Entscheidung liegt im wesentlichen in der Haltung des irischen Parlaments. In politischen Kreisen sieht man keinen Grund für den Rücktritt des Kabinetts, bevor das Parlament entschieden hat.

Devalera gegen den Königseid.

12. Dublin, 16. Juni. Der Führer der Republikaner des Freistaates Irland, Devalera, erklärte, die republikanischen Abgeordneten würden unter keinen Umständen den Königs Eid leisten. Sie würden nur der irischen Nation huldigen.

Neue Intervention der Mächte in Belgrad und Tirana.

12. London, 16. Juni. Die britische, französische und italienische Regierung haben, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, ihre Vertreter in Belgrad und Tirana erneut angewiesen, bei den Regierungen der beiden Länder auf ein sofortiges Kompromiß hinzuwirken. Angesichts der Zurückziehung des albanischen Vertreters im Belgrad betrachteten die Großmächte eine Vermittlung nunmehr als eine äußerst dringende Angelegenheit, da sie nach wie vor einer Behandlung des Konfliktes durch den Völkerbund abgesehen seien. Das vorgeschlagene Kompromiß sehe eine Zurückziehung der scharfen südslawischen Note an Albanien sowie einen formellen Verzicht Albanien auf Gefangenhaltung des Dragomir der südslawischen Gesellschaft in Tirana vor.

Dr. Stresemann über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz.

Die Ratstagung am Donnerstag.

12. Genf, 16. Juni. Reichsminister Dr. Stresemann gab als Vertreter der deutschen Delegation der Weltwirtschaftskonferenz in der heutigen Ratstagung in einer sehr ausführlichen Darstellung eine Bilanz der Arbeiten und Ergebnisse dieser Konferenz, die er als eine der bemerkenswertesten und erfolgreichsten Konferenzen bezeichnete, die jemals vom Völkerbund veranstaltet worden seien. In Bezug auf den Handel stellte er fest, daß die Konferenz das Prinzip der gegenseitigen Handelsfreiheit, das in der Handelskonvention von 1923 zum Ausdruck gekommen sei, als ein allgemeines Prinzip der Handelspolitik feststellte, das die internationale Handelsfreiheit von allen künstlichen Schranken und Hindernissen, besonders von den zu hohen Zöllen befreit werden. Er forderte Vereinigung und Vereinfachung der Zölle, größere Stabilität der Zölle und Einführung einer verbesserten Methode für den Abschluß von Handelsverträgen sowie schließlich einen Abbau der Zollkassen. Drei Wege führen zu diesem Ziel, so erklärte Dr. Stresemann, das individuelle Vorgehen der Staaten bezüglich ihrer Zölle, das gemeinsame Vorgehen durch Abschluß gemeinsamer Handelsverträge, und schließlich gemeinsame internationale Aktionen. Der Völkerbund habe, sagte der Minister weiter, zahlreiche verschiedene Aufgaben durch die Konferenz nun außerordentlich gefördert. Der Rat wird daher zu gegebener Zeit die Frage zu erörtern haben, wie seine Wirtschaftsorganisation geändert oder ergänzt werden wird, um sich diesen neuen Aufgaben anzupassen. Dr. Stresemann schloß, daß die Diskussion über diese Frage bis zum September zu verlagern. Die Empfehlungen der Konferenz, so erklärte er, sind der Anfang und nicht das Ende der wirtschaftlichen Aufgaben. Er brachte schließlich folgende Resolution ein:

„Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Weltwirtschaftskonferenz“

1. Er spricht herzlichen Dank aus dem Präsidenten der Konferenz, den Mitgliedern und Sachverständigen, die an der Konferenz teilgenommen haben, wie allen Organisationen und Persönlichkeiten, die an ihrer Vorbereitung gearbeitet haben.

2. Der Rat ist der Ansicht, daß die Konferenz ihre Aufgabe vollkommen durchgeführt hat, die in der Auffassung von Grundfragen und Empfehlungen bestand, wie am besten zu einer Verbesserung der Weltwirtschaftsfrage der Welt, besonders derjenigen Europas, beigetragen werden kann, womit zugleich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen gestärkt werden.

3. Der Rat läßt daher alle Länder und Regierungen ein, diesen Grundfragen und Empfehlungen ihre größte Aufmerksamkeit und aktiven Unterstützung zu gewähren, die durch Erleichterung ihrer Annahme und Durchführung erforderlich sind.

4. Der Rat bekräftigt sich zur Prüfung in seiner nächsten Tagung die Frage der Änderungen vor, die in Bezug auf die Wirtschaftsorganisation der Welt notwendig sind. Die Ergebnisse der Konferenz dürften sich zeigen können und läßt die Wirtschaftsorganisation ein, in der Zwischenzeit zu einer außerordentlichen Tagung zu erscheinen, um baldmöglichst in eine vorbereitende Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die auf Grund der Entschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz mit Bezug auf Zolltarife und insbesondere auf die Vereinfachung der Zollnomenklatur vorgeschlagen werden könnten.

Die Ausführungen Dr. Stresemanns gaben dem Völkerbund Ratstagung in einer ganzen Anzahl von Erklärungen. Zunächst wurden die Erklärungen des Berichterstatters von dem holländischen Außenminister van Vondland warm unterstrichen. Scialoja empfahl den Bericht gleichfalls zur Annahme. Van der Velde unterstrich die Bedeutung der Schlussfolgerungen von Dr. Stresemann und bezeichnete die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz als ein „Preisblatt der Welt“, das die bisherige produktivste Strömung in eine freundschaftliche Umkehrung habe. Die belgische Regierung habe ihrem Parlament sofort die Entschlüsse der Konferenz zur Überlegung in Gesetzesform vorgelegt. „Wir uns und die Länder in ähnlichen Verhältnissen handelt es sich hier um eine Frage von Leben und Tod“, so schloß er seine eindringlichen Worte. Auch aus die Ausführungen des tschechischen Außenministers Benesch bewegten sich in gleicher Richtung.

Reichsminister Dr. Stresemann gab nunmehr als Vertreter Deutschlands und in deutscher Sprache folgende Erklärung: Die Weltwirtschaftskonferenz hat eine sehr verdienstvolle Arbeit geleistet. Es ist jetzt die Aufgabe einerseits der Regierungen, andererseits des Völkerbundes, unter Zeit und dieser Arbeit zu leisten, nämlich die Beschlüsse zu verwirklichen, dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz keine „Platonische Gesetze“ bleiben, um einen Ausdruck der Weltwirtschaftskonferenz zu gebrauchen, sondern daß sie Leben bekommen. Von den Regierungen hat die belgische Regierung, wie wir schon gehört haben, eine Initiative ergriffen, die Verdienst, den anderen Regierungen als Vorbild zu dienen. Ich bin in der glücklichen Lage, daß ich mich für die deutsche Regierung diesem Vorbild bald anschließen u. erklären kann, daß die deutsche Regierung die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz ebenso voll und vorbehaltlos akzeptiert wie die belgische. Der Minister brachte darauf den Beschluß des Reichskabinetts zu den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz zur Verlesung und drückte nochmals die Hoffnung aus, daß dem Vorbild der belgischen Regierung noch viele Regierungen folgen werden. Aber auch sämtliche Beschlüsse der Regierungen, so führt Dr. Stresemann fort, zu wertvoll sei auch sind, sind vorläufig nur Papier, platonische Gesetze. Die Initiative der Regierungen ist gebunden an die Initiative der Völkerbundorganisationen, denen die Weltwirtschaftskonferenz die Konsequenzen zur Ausarbeitung der meisten ihrer Beschlüsse übertragen hat. Die Regierungen haben daher zuerst ihren Appell an die Organisationen des Völkerbundes zu richten, daß sie die Initiative ergreifen und daß sie sich alsbald binden. Durch die Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz ist die Aufmerksamkeit und der Wille der öffentlichen Meinung auf diese Wirtschafts-

Kleine Auslandsnachrichten.

Sieg der französischen Regierung bei dem Militärkongress.

12. Paris, 16. Juni. Die Kammer hat in ihrer heutigen Nachmittagsitzung den Gesetzentwurf des früheren Kriegsministers Daladier, den er dem Regierungsentwurf entgegenstellte, mit 324 gegen 220 Stimmen abgelehnt.

Auflösung der Cluphina und Ausschreibung von Neuwahlen.

12. Belgrad, 15. Juni. Der König unterzeichnete einen Erlass über die Auflösung der Cluphina und über die Ausschreibung von Neuwahlen für den 11. September. Gleichzeitig wurde eine Umbildung der Regierung vorgenommen.

probleme geklärt worden. Rufen wir diese mit diesem Willen, indem wir uns alsbald so schnell als möglich, am besten morgen schon, an die praktische Arbeit machen! Jeder Tag, der arbeitslos vergeht, ist ein Verlust, denn mit jedem Tage gelangen die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz wieder in den Hintergrund des öffentlichen Interesses und die Einmütigkeit und der Wille zur Zusammenarbeit und Verständigung verflüchtigt sich wieder. Ich begrüße daher mit besonderer Befriedigung, daß am Schluß der Resolution, die ich dem Rat eben vorgelesen die Freigabe der Wirtschaftsorganisationen gegeben wird, zu einem neuen Zeitpunkt zusammenzutreten, und ich vertraue darauf, daß das Sekretariat des Völkerbundes seine Arbeit fortsetzt, daß dieser nahe Zeitpunkt ein Erfolg ist, später als der 18. Juli sein wird — um eine besonders wichtige und dringliche Aufgabe sofort in Angriff zu nehmen, nämlich die Vereinfachung der Zolltarife. Die Bearbeitung gerade dieses Problems ist besonders dringlich, weil, soweit ich das übersehen kann, eine Reihe von Staaten vor der Modernisierung ihrer Zolltarife stehen. Es wäre eine verheißungsvolle Gelegenheit, für die Vereinfachung der Konferenzbeschlüsse, wenn es diesen Staaten nicht ermöglicht werden würde, mit der Modernisierung ihrer Zolltarife zu warten, bis ein einheitliches Zolltarifschema unter der Regide des Völkerbundes aufgestellt ist. Während diese Staaten diese Aufgabe wieder für sich durchführen, dann wäre der Weg für eine möglichst umfassenden Anwendung eines vereinheitlichten Zolltarifs für lange Jahre versperrt, denn diese Staaten könnten dann nicht schon nach wenigen Jahren ihr Ziel, daß die Förderung der Weltwirtschaftskonferenz, anstelle der jetzt kurzfristigen Handelsverträge langfristige zu setzen, verwirklicht wird.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat in einer ihrer Resolutionen ein sehr kühnes Wort ausgesprochen, das Wort, daß die Weltwirtschaftskonferenz den Anbruch einer neuen Ära des internationalen Handels bedeute. Es ist jetzt unsere Aufgabe, unseren Willen und unsere Energie dafür einzusetzen, um dieser kühnen Hoffnung bestehen zu können, wenn später einmal die Verhandlungen und Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz miteinander verglichen werden.

Die Sitzung wurde darauf auf heute nachmittag 5 Uhr vertagt.

In der Nachmittagsitzung haben die Vertreter Rumäniens, Japans, Chiles und Boliviens Symphonievorlesungen im Sinne derjenigen ab, die bereits heute vormittag dem Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz entgegengebracht worden waren. Chamberlain beantwortete dann, eine Veränderung von Punkt 3 der im Bericht von Dr. Stresemann vorgeschlagenen Entschließung in dem Sinne, daß die Regierungen, die mit der Prüfung des Berichtes der Weltwirtschaftskonferenz noch nicht zu Ende seien, nicht auf die Weltwirtschaftskonferenz selbstgelegt werden. Der Reichsaussenminister verteidigte seine Fassung, erklärte sich aber bereit, die erbetene Abänderung anzunehmen.

Der Rat nahm schließlich den Bericht Dr. Stresemanns mit der Abänderung an. Der Rat nahm dann noch einen Bericht Chamberlains als Vorbesprechung des im März eingeleiteten Dreierkongresses für den rumänisch-ungarischen Streitfall entgegen. Einem von den beiden Mächten vorgeschlagenen Antrag zufolge wurde die Vertagung der Frage auf September beschlossen.

Damit war die öffentliche Nachmittagsitzung beendet, worauf der Rat noch in einer kurzen Geheim Sitzung weiter tagte.

12. Genf, 16. Juni. Die Ratstagung dürfte morgen zu Ende gehen, nachdem die schwierige rumänische Frage der Vertagung verfallen ist.

Die armenische Flüchtlingsfrage vor dem Völkerbundsrat.

12. Genf, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates wurde auch die Frage der Unterstützung der armenischen Flüchtlinge behandelt, wobei Dr. Wanssen einen Appell zur Bewusstheit von Mitleid vortrug, um das andernfalls unumgängliche Hilfswort herbeizuführen. Dr. Stresemann gab dazu eine Erklärung ab, wonach die Reichsregierung, die das Ansehen der Weltwirtschaftskonferenz für die armenischen Flüchtlinge unterstützt habe, sich darüber freuen, daß Mitleid trotz der Schwierigkeiten die Hoffnung auf Erfolg nicht aufgeben. Da es sich um ein im höchsten Grade humanitäres Werk handle, sei eine sofortige Anstrengung notwendig und die Hoffnung der armenischen Flüchtlinge auf den Völkerbund dürfe nicht enttäuscht werden. Nach einigen von Chamberlain geäußerten Bedenken über die Möglichkeit, solche Mittel von seiner und anderen Regierungen zu erlangen, solange nicht die Bedürfnisse der armenischen Flüchtlinge, die nicht rechtzeitig dem Ansehen der Weltwirtschaftskonferenz, vorliegen, wurde die Weiterbehandlung auf morgen vertagt.

Eine saarländische Denkschrift an den Völkerbund.

12. Saarbrücken, 16. Juni. Die saarländische Delegation hat am Mittwoch dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Denkschrift überreicht, die sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage des Saargebietes befaßt. Die Note verlangt unter anderem eine Zusammenfassung aller gegenwärtigen unumgänglichen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, gesellschaftlichen, sozialen usw. Zustände die rasche Herbeiführung der Volksabstimmung im Saargebiet. Die Note schließt mit folgenden Worten:

„Das Saargebiet ist in seiner jetzigen Gestaltung nicht lebensfähig. Der Völkerbund kann das seiner Obhut anvertraute Gebiet nicht dem Elend preisgeben. Warum also noch länger zögern mit dem entscheidenden Schritt, der doch einmal getan werden muß? Das einzige Mittel zur Herbeiführung gesunder Zustände

ist in der dasigen Minderheit des Saargebietes zum Deutschen Reich gegeben. Wir sind der Überzeugung, daß der Völkerbund nach genauer Untersuchung der tatsächlichen Zustände des Saargebietes zu seinem anderen Urteil gelangen kann.“

Die Saardelegation richtete an Dr. Stresemann die Bitte, diese Denkschrift dem Völkerbund zugehen zu lassen.

Deutschland und die Mandatskommission.

12. Genf, 16. Juni. Im Verlaufe der heutigen Gesamtsitzung richtete der Generalsekretär des Völkerbundes an den Rat eine durch Budgetinteressen veranlaßte Anfrage, wie er sich zur Einennung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission verhalten werde, die als möglich im Budget für 1927 vorgesehen sei. Der Rat hat beschlossen, die Anfrage der Mandatskommission zur Neuerung zuzulassen. Nach dem Verlaufe dieser Besprechung, der aus den Formulierungen des Beschlusses nicht ersichtlich ist, handelt es sich, wie wir erfahren, bei der Überweisung der Anfrage an die Mandatskommission selbst um einen förmlichen Akt dieser gegenüber. An ihre Entscheidung im Sinne der deutschen Auffassung dürfte nach der einmütigen Zustimmung der Ratmitglieder nicht zu zweifeln sein.

Ueberfall auf ein fahrendes Auto.

12. Hamburg, 16. Juni. In der Nacht zum Mittwoch wurde gegen das Auto des Gastwirts Heeschen auf der Mascher Chaussee ein großer Feldstein geschleudert, der die Glaschuhkappe zertrümmerte. Im gleichen Augenblick schwang sich ein Mann aus dem Auto und brachte dem Gastwirt mit einem dolchartigen Messer einen Stich oberhalb des Auges bei. Der Stich drang in das Gehirn. Das Auto wurde fahrlos und stürzte in den Chausseegraben. Der Fahrer wurde überfallen und die Frau und wollte sie vergewaltigen. Es entstand ein Ringen, wodurch beide erheblich am Hals und an den Händen verletzt wurden. Als ein zweites Auto auf der Chaussee herannah, ergriff der Bandit die Flucht. Später gelang es, als Täter den 24-jährigen Gärtner Schomkat aus Cuxdorn festzustellen, der jetzt den toten Mann spielt. Der Gastwirt wurde im bedenklichen Zustande dem Krankenhaus zugeführt.

Ein Berliner Autobus umgekehrt.

12. Berlin, 16. Juni. Ein schwerer Autobusunfall ereignete sich heute nachmittag 3.15 Uhr in der Hauptstraße in Schöneberg. Ein vollbesetzter Wagen der Linie 5, der aus Steglitz kam, wollte einem anderen Fahrzeug ausweichen und stürzte hierbei um. Von den etwa 35 Fahrgästen wurden zahlreiche Personen mehr oder weniger schwer verletzt. 10–12 Verletzte, darunter einige Feuerwehrmänner, wurden mit Krankenwagen und Feuerwehrwagen ins Krankenhaus bzw. zur Unfallstelle gebracht.

12. Berlin, 16. Juni. Nach Aussagen von Augenzeugen ist das Autobusunglück in Schöneberg, bei dem von ca. 40 Insassen 18 leicht und 7 schwer verletzt wurden, dadurch entstanden, daß der Autobus, um einem auf der linken Seite fahrenden Kraftfahrer auszuweichen, in das Gefälle schied, wobei der Autobus an der ein hohes Gefälle aufsteigenden Straße ins Schleudern geriet und umstürzte. Der Wagen wurde schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Die schwerverletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht, während die leichtverletzten in der nächsten Rettungshilfe verbunden und in ihre Wohnungen entlassen wurden.

Von Nah und Fern.

Die Fronleichnamprozession in Berlin.

12. Berlin, 16. Juni. (Tel. Bericht unserer Berl. Red.) Am Fronleichnamtag fand in Berlin von der St. Marienkirche auf der Ringstraße eine über die Wilhelmstraße und durch die Potsdamer Straße bis zur katholischen Gemeinde in der Richtung auf die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche statt, an der sich auch eine Reihe katholischer Parlamentarier beteiligten. An der Fronleichnamprozession bei St. Hedwig, die am Sonntag stattfand, waren, wie berichtet, Reichstagsminister Marx und die in Berlin anwesenden katholischen Minister Preußens teilgenommen.

Verhaftungen von Gefängnisbeamten.

12. Berlin, 16. Juni. Nachdem erst am Pfingstsonntag ein Strafanklagsbüroausweis im Untersuchungsgefängnis Moabit festgestellt worden war, der Kaiser für den Oberleutnant Fuhrmann herausgegeben hatte, wurde gestern ein anderer Gefängnisbeamter wegen eines ähnlichen Vergehens verhaftet.

Todesurteil.

gegen den Mörder des Bierfahrers Wessel.

12. Tangermünde, 16. Juni. Das Breslauer Schwurgericht verurteilte gestern den Arbeiter Röpke aus Golsow, R. Tangermünde, der den Bierfahrer Wessel aus Eberwalde auf der Chaussee zwischen Joachimsthal und Golsow ermordet hatte, zum Tode.

Ein Flug Amsterdam — Batavia.

12. Wien, 16. Juni. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ aus Budapest sind gestern Abend die holländischen Minister Gelpke und Schöte auf ihrem Flug von Amsterdam, wo sie gestern früh nach Batavia aufgestiegen sind, in Budapest eingetroffen. Sie flogen heute weiter und beabsichtigen, ihre ganze Reise in Tagesflügen zurückzulegen. In Batavia werden sie in 14 Tagen eintreffen.

Ein Erbeben in China.

12. London, 16. Juni. Nach Meldungen aus Schanghai ist die Stadt Kiangchow von der Provinz Kiangsu zur Hälfte durch ein Erbeben zerstört worden. Der Schaden wird auf über eine halbe Million Pfund geschätzt. Der Verlust an Menschenleben ist gering. Die Missionen in Kiangchow sind fast völlig zerstört worden.

Ein zweifundzwanzigjähriger Luftmörder.

12. Winnipeg, 16. Juni. Ein großes Aufgebot von Polizei verfolgte einen Luftmörder, der am Montag aus Winnipeg verschwand, nachdem er eine Frau und ein junges Mädchen in brutalster Weise ermordet hatte. Die Gesamtzahl der von ihm erwiderten Opfer einschließlich eines 18 Monate alten Kindes beträgt jetzt 22.

12. Winnipeg, 16. Juni. Der „Gorklamann“, der eine größere Anzahl von Frauen und Mädchen ermordet hat, ist in der Nähe von Millarney (Manitoba) wieder gefangen worden. Er wird morgen, nachdem er gestern Abend kurz nach seiner Gefangennahme aus dem Gefängnis von Winnipeg entwichen war, verurteilt werden. Von tausend Dollar waren in den Vereinigten Staaten und Kanada auf seine Gefangennahme, tot oder lebend, ausgesetzt. Die Zahl seiner Opfer beträgt etwa 20.

Die Freie Presse.

Am 3. Tag der meilen sich die morgens um 9 Uhr Marienkirche. Die Bombenbräut U predigt hielt Kellig (hagen).

In den Mittelp den Aufgaben d den zu wachen und pflicht jedes kathol Geist der neuen jungen Menschen heraus, daß die für die polit haben. Der polit vom Geiste der dem Staat zu dien eine Politik aus fah es in den Trag fächlichen Meinun geben dürfe. Alles das Einigende gept großen Katholikenfö rührende zu Hamn Worte waren: Seid Für den Rahmü sche Zentrumspartei gebung in der S große Saal und die Beginn voll beset. Frage des Verhält Frankreich gerade h nend interessiere. Durch ein Graefspie hortschüler mit sch Saal.

Nach einleitende Wolff (Saubau) n Wort und überbrach Teuflichen Reichs, drängte Subwehrmar dabei aus, daß es welches in Oberstsch die Wals. Aber d ersten Nachkriegsge den Gebieten ist dieflichen Reiche so fest Hierauf brachte der Lerk eigene G flamme“ und „S nachden, selbstlechi r ein lebendiger Aufstai Abg 1908 Prad

Verhandlung der W willen zu großen Op europäischen Menschen deutschen Menschen Gemeinwohl volle S Kämpfe.

Dann nahm Reid Wort zu seiner Rede die wir bereit sind Nach dieser Rede der zweite Vorsitzende des Zentrumspartei Er beh er gerade: In der ersten Partei diefische Gebieten f für, daß er drei Tage hortschüler beigemoch daß Dr. Wirth sich gefühlt habe, und die zu Dr. Wirth u Zentrum. Die w meinsam für die gro Warrer Dr. Fint da opferbereite Arbeit w für die Größe aus C Heinrich Rerk als der Seher der neuen Zeit Wärend der Ver Wirtspfortschüler au besser in der Nähe alte Fagne, die felft wehte, in der Auto herbei und trug den dichtschrängen te den Rahmenträger und ist das Symbol d herrichte ungebauer lang die Verfallumf Deutschland, Deutschla

Begrüß wurden gefandt an: Führer unserer Vart schaft.“ Am Reichspä Herrn Reichspräsident Grupp. Reichstaging Lawand-Abteilungs) telegrammen, die einl telegramme des Reich Tag für freundschaftl reichen Erfolg Zentrumssachverständ, antwortete: „Herzliche danken und freundschaftlichen Studenten“

Entschließung Der in Landau ver Zentrumstudenten feld Deutschen Studentenre rechts und links imfist. Der größte Teil dem den heutigen S hochschulring neu Zusammenkunft der a rechts und links und wählten 45 000 Stu gruppe entstehen, die kenn und die politisch Pflicht betrachtet. Wirschen Gedanken in befrachten die Bestre uftusministers Verierung dieses gro teilweise raffenstföflichen Studenten“

Der in Landau ver Zentrumstudenten feld Deutschen Studentenre rechts und links imfist. Der größte Teil dem den heutigen S hochschulring neu Zusammenkunft der a rechts und links und wählten 45 000 Stu gruppe entstehen, die kenn und die politisch Pflicht betrachtet. Wirschen Gedanken in befrachten die Bestre uftusministers Verierung dieses gro teilweise raffenstföflichen Studenten“

Der in Landau ver Zentrumstudenten feld Deutschen Studentenre rechts und links imfist. Der größte Teil dem den heutigen S hochschulring neu Zusammenkunft der a rechts und links und wählten 45 000 Stu gruppe entstehen, die kenn und die politisch Pflicht betrachtet. Wirschen Gedanken in befrachten die Bestre uftusministers Verierung dieses gro teilweise raffenstföflichen Studenten“

Der in Landau ver Zentrumstudenten feld Deutschen Studentenre rechts und links imfist. Der größte Teil dem den heutigen S hochschulring neu Zusammenkunft der a rechts und links und wählten 45 000 Stu gruppe entstehen, die kenn und die politisch Pflicht betrachtet. Wirschen Gedanken in befrachten die Bestre uftusministers Verierung dieses gro teilweise raffenstföflichen Studenten“

Der in Landau ver Zentrumstudenten feld Deutschen Studentenre rechts und links imfist. Der größte Teil dem den heutigen S hochschulring neu Zusammenkunft der a rechts und links und wählten 45 000 Stu gruppe entstehen, die kenn und die politisch Pflicht betrachtet. Wirschen Gedanken in befrachten die Bestre uftusministers Verierung dieses gro teilweise raffenstföflichen Studenten“

Der in Landau ver Zentrumstudenten feld Deutschen Studentenre rechts und links imfist. Der größte Teil dem den heutigen S hochschulring neu Zusammenkunft der a rechts und links und wählten 45 000 Stu gruppe entstehen, die kenn und die politisch Pflicht betrachtet. Wirschen Gedanken in befrachten die Bestre uftusministers Verierung dieses gro teilweise raffenstföflichen Studenten“

Luftmörder.

Luftmörder.

Wittling, 16. Juni. Sein Schweslerchen in Brand
steht. In Bombbogen steckte ein vierjähriger Knabe, sein
inhaltsfähiges Schweslerchen in Brand, als die
Mutter im Nebenraum beschäftigt war. Dann lief er
zu Mutter, ohne aber dieser zu sagen, was er getan.
als das Schweslerchen zu schreien anfing, wurde
Mutter aufmerksam und eilte herbei. Es war zu
spät; das kleine Mädchen starb kurz darauf an den
